



PRESSEMITTEILUNG

Roodt-sur-Syre, den 27. November 2015

Kooperationsdebatte im Parlament:

Romain Schneider ruft Ministerien, Gemeinden und Politiker dazu auf, Verantwortung für eine faire Einkaufspolitik zu übernehmen

Im Vorfeld der Kooperationsdebatte im Parlament und im Rahmen seiner „Fair Politics“ Kampagne hat der Cercle de Coopération am 17. November dem Präsidenten der Abgeordnetenversammlung Mars Di Bartolomeo eine Frage bezüglich der Politikkohärenz für Entwicklung überreicht. Diese Frage wurde bei einer Umfrage von der Öffentlichkeit als dringendste aktuelle Herausforderung ausgewählt: *« Quelles mesures concrètes le gouvernement prendra-t-il afin de garantir que l'Etat et ses administrations consomment de manière plus équitable et ne contribuent pas avec leurs achats à l'exploitation des ressources primaires et humaines dans les pays en développement ? »*

In der darauffolgenden Debatte im Parlament am gleichen Tag sind sowohl die Redner der Regierungsparteien wie auch der Opposition (CSV, DP, déi gréng) auf die Thematik des Fairen Handels im Rahmen der öffentlichen Einkäufe eingegangen.

So wies **Nancy Arendt** (CSV) darauf hin, dass man *„in allen Politikbereichen systematisch und konsequent eine Kontrolle machen müsste, weil man erst dann wirklich von einer kohärenten Politik in Sachen Entwicklung und Nachhaltigkeit sprechen kann“*. Zudem forderte sie, *„dass man auf eine fairere Einkaufspolitik achtet, zum Beispiel indem man Produkte einkauft, die nachhaltigen Kriterien entsprechen und sozial verantwortlich sind, also im Einklang mit der Entwicklungspolitik stehen. Wir wollten die Frage einfach einmal aufwerfen, wo wir mit unseren staatlichen Einkäufen (Ministerien, Schulen, Gemeinden und staatliche Verwaltungen) stehen, was Produkte aus Fairem Handel betrifft?“*

Gusty Graas (DP) machte in seiner Rede deutlich dass *„man einmal mehr auf den Verbrauch von Fairtrade Produkten hinweisen muss. Noch immer merkt man, dass die öffentlichen Institutionen, der Staat an erster Stelle, nicht genug Einsatz in diesem Bereich zeigen. Aber auch auf individueller Ebene kann jeder noch Bemühungen machen.“*

Claude Adam (déi gréng) forderte in seiner Ansprache die bislang fehlende Kohärenz ein: *„Der Aufruf, in den öffentlichen Verwaltungen konsequenter auf nachhaltige Produkte zu setzen, hat noch nicht den Erfolg, den wir ihm wünschen. Wir können einen wertvollen Beitrag zu einer gerechteren Welt leisten, indem wir auf Produkte aus dem Fairen Handel zurückgreifen. Wir nehmen noch immer in Kauf, dass in vielen Teilen der Welt die Ausbeutung der Menschen mit öffentlichen Geldern gefördert wird.*

Es kann keine Frage des Preises sein, wenn in öffentlichen Verwaltungen und in Gemeinden noch immer Kaffeemaschinen stehen, wo der Kilopreis der Kaffeekapseln zwischen 80 und 90 Euro liegt, ganz abgesehen von der ökologischen Bilanz der Verpackung. Wir sollten damit aufhören, öffentlich blind einzukaufen.

Im Oktober 2014 wurde einvernehmlich von allen Parteien in der Abgeordnetenversammlung eine faire Einkaufspolitik des hohen Hauses eingefordert. Das war vor einem Jahr. Wenn ich nachfrage wo wir aktuell stehen, bekomme ich als Antwort: „es läuft“. Ich habe das Gefühl, dass es noch kaum tropft, und ich wäre froh, nächstes Jahr an dieser Stelle eine andere Feststellung machen zu können.“

Romain Schneider hat in seiner Abschlussrede darauf hingewiesen, dass die Verantwortung für die öffentlichen Einkäufe nicht in erster Linie beim Kooperationsministerium liegt. Er rief sowohl Ministerien wie auch Gemeinden und die individuellen Politiker dazu auf, ihre Verantwortung in Bezug auf eine faire Einkaufspolitik zu übernehmen.

Fairtrade Lëtzebuerg und der Cercle de Coopération fordern nach dieser Debatte die Umsetzung konkreter Maßnahmen seitens der ganzen Regierung, damit eine kohärente, faire Einkaufspolitik in Luxemburg endlich Realität wird. Neben einer internen Sensibilisierungspolitik bei allen staatlichen Einkaufsakteuren muss ein weiterer wichtiger Schritt, die Umsetzung der europäischen Richtlinie über öffentliche Ausschreibungen in nationales Recht, erfolgen.

Notiz: Die zitierten Politiker haben uns die Originalversionen ihrer Statements in luxemburgischer Sprache zukommen lassen. Die Reden wurden frei übersetzt von Fairtrade Lëtzebuerg.